

# Sitzung des Gemeinderates

## - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 08.02.2024**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Felix Kinzinger		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Manuel Prieler Johannes Mecke Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Peter Scholler Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser		

# **Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## **Vortrag - Beschluss**

Johann Zehetmair  
Stefan Zehetmair

Sabine Fister

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Fister.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird Herr Schweiger als langjähriger Seniorenbeiratsvorsitzender verabschiedet. Herr Schweiger hat das Amt des Vorsitzenden zum Jahresende 2023 auf eigenen Wunsch niedergelegt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

### 531 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.01.2024, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

### 532 24 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

533      24      **Vorstellung der Roadmap zur Abarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderats Nr. 493 vom 30.10.2023 mit welchem die Verwaltung beauftragt wurde, dem Gemeinderat eine Konzeption vorzulegen, der der weitere Fahrplan zur Abarbeitung der im Protokoll der Expertenrunde „Älter werden in Unterföhring“ am 17.03.2022 aufgelisteten Punkte sowie der damit verbundenen Zeitschiene zu entnehmen ist.

Die Gemeindeverwaltung hat zur zielorientierten Abarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts einen Lenkungskreis eingerichtet. Der Lenkungskreis besteht aus Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und zwei Mitgliedern des Seniorenbeirats.

Aus diesem zentralen Lenkungskreis werden die Arbeitsaufträge des Gemeinderats oder des Ausschusses an die jeweiligen Arbeitsgruppen / Arbeitskreise weitergeben - sodass die Aufgaben immer zentral im Lenkungskreis präsent sind.

Darüber hinaus hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 11.01.2024 mit Beschluss Nr. 522 beschlossen, dass ein neuer Ausschuss mit dem Namen „Seniorenkonzeptausschuss“ zur vorberatenden Behandlung des Gesamtkonzepts gebildet wird.

Aufgrund der Implementierung des Lenkungskreises sowie des neuen Seniorenkonzeptausschusses kann das Thema rund um die Abarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts zielführend behandelt werden.

Dem Gemeinderat wurde im Vorfeld der Sitzung ein Schaubild über die strukturelle Abarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts vorgelegt.

Die Verwaltung schlägt dem Gremium vor, die Priorisierung aus dem Expertenprotokoll vom 17.03.2022 in der nächsten Sitzung des Seniorenkonzeptausschusses erneut zu beleuchten und dem Gemeinderat eine genaue Priorisierungsliste vorzulegen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an und beauftragt den Seniorenkonzeptausschuss die Priorisierung aus dem

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Expertenprotokoll vom 17.03.2022 zu beleuchten und dem Gemeinderat eine aktuelle Priorisierungsliste vorzulegen.

AZ 0241  
Hauptamt

### 24 Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

AZ 0241  
Hauptamt

### 534 24 Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Antrag zur Belegung Grundschule Bahnhofstraße

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Belegung Grundschule Bahnhofstraße“ vom 03.11.2023, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 04.11.2023, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Antrag:

*Die Grundschule an der Bahnhofstraße wird nach der Fertigstellung der Sanierungsarbeiten umgehend spätestens zum Schuljahr 2025/2026 wieder als Grundschule genutzt.*

*Der Antragsteller hat mündlich (in der Gemeinderatsvorunterrichtung am 05.02.2024) den Antrag um die Worte „spätestens zum Schuljahr 2025/2026 ergänzt.*

*Begründung*

*Die Rektorin der Grundschule, Frau Denzinger, teilte uns vor einiger Zeit mit, dass bei einem Umzug in das renovierte Gebäude an der Bahnhofstraße der Schulbetrieb durch den Baulärm am Hortgebäude gestört wäre und sie deshalb am Schulcampus verbleiben möchte.*

*Dieser Logik folgend könnte nirgendwo mehr neben einer Baustelle jemand arbeiten, wohnen oder unterrichten. Dieses Argument kann keinen unnötigen Leerstand rechtfertigen. Umso weniger, da während des damaligen Baus des „Gelben Kastens“ der Schulbetrieb im „Blauen Kasten“ unvermindert weiter lief. Außerdem sind lärmintensive Arbeiten wie der Abbruch des Horts bis zur*

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

*Fertigstellung des Schulgebäudes weit fortgeschritten und/oder längst abgeschlossen.*

*Das Gebäude muss auch nach der Fertigstellung unterhalten werden. Diese Unterhaltskosten, die die Gemeinde und somit der Steuerzahler für ca. 2 Jahre unnötig zu tragen haben wird, kann durch die sofortige Aufnahme des Betriebs der Grundschule vermieden werden.*

*Die Mensa im Schulcampus ist nach Aussage der Schulleiterinnen im Moment überlastet und zu klein. Auch hier gäbe es Entlastung, nachdem ein Teil der Schüler\*innen in die Bahnhofstraße zurückgekehrt ist.*

*Alternativ-Antrag - bei Ablehnung des o.g. Antrags*

*Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat geeignete Möglichkeiten zur Zwischennutzung der Grundschule an der Bahnhofstraße vorzuschlagen.*

*Das Ergebnis wird abschließend dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.*

*Begründung*

*Durch die nicht sofortige Rückkehr der Grundschule von der Mitterfeldallee in die Bahnhofstraße werden der „Graue Kasten“ sowie die im September 2024 fertig sanierten Gebäudeteile „Blauer“ und „Gelber Kasten“ der Grundschule an der Bahnhofstraße eine geraume Zeit lang nicht in der eigentlich geplanten Form genutzt werden und leer stehen, trotzdem aber zu unterhalten sein.*

*Damit die Räumlichkeiten auch in dieser Zeit sinnvoll genutzt werden können und nicht leer stehen, schlagen wir für den Übergang eine Zwischennutzung vor. Ins Auge gefasst werden soll beispielsweise die Nutzung durch die Gemeindeverwaltung und die Nutzung als (Übergangs-)Räumlichkeiten für Unterföhringer Vereine.*

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.11.2023 wurde dem Gremium im Vorfeld der Sitzung zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass die Grundschule an der Bahnhofstraße nach der Fertigstellung der Sanierungsarbeiten umgehend spätestens zum Schuljahr 2025/2026 wieder als Grundschule genutzt wird.

AZ 0241  
Hauptamt

## Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

535

24

#### **Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

#### **Antrag zur dauerhaften Einrichtung eines Kreislaufschranks**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur „dauerhaften Einrichtung eines Kreislaufschranks“ vom 08.01.2024, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 08.01.2024, mit folgendem Inhalt bekannt:

*„Antrag:*

*In Kooperation mit dem Verein Kreislaufschränke München e. V. wird ein Kreislaufschränk vor der VHS/Musikschule errichtet. Dieser soll barrierefrei ausgestaltet sein.*

*Begründung:*

*Das probeweise installierte Plausch-und-Tausch-Mobil wurde von den Unterföhringer Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen und trug – wie auch der Bücherschränk – sichtlich zur Belebung des Platzes vor der VHS/Musikschule bei. Seitdem gibt es laufend Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich einen dauerhaften und auch größeren Kreislaufschränk wünschen.*

*Das Ziel der Aufstellung eines Kreislaufschranks ist, an einem öffentlich zugänglichen Ort die Möglichkeit für den Austausch von Alltagsgegenständen zu schaffen. Er fördert die wachsende Bereitschaft, gut Erhaltenes nicht zu entsorgen und trägt somit zur Abfallreduzierung bei.*

*Im Verlauf der bisherigen Kommunikation von Bündnis 90/Die Grünen haben sich beispielsweise im Umfeld der Nachhaltigkeitsinitiative Zukunft Unterföhring einige Menschen bereit erklärt, sog. Schränkpatenschaften zu übernehmen. Diese werden unter anderem unrechtmäßig entsorgten Abfall sowie gefährliche Gegenstände zu beseitigen.*

*Bei positiver Beschlussfassung treten die sich zur Verfügung stellenden Menschen mit dem Verein Kreislaufschränke München e. V. in Kontakt, um eine Regelmäßigkeit der Schränkkontrolle zu gewährleisten.“*

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wurde dem Gremium im Vorfeld der Sitzung zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

## Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Gemeinderat spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass vor der VHS/Musikschule dauerhaft ein Kreislaufschränk errichtet wird. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Kreislaufschränke München e.V. in Verbindung zu treten, und zunächst die möglichen Varianten bzw. Rahmenbedingungen (z.B. Kosten, mögliche Nutzungsbedingungen) zu ermitteln und herauszuarbeiten.

AZ 1702  
Bauamt

536      24      **Behandlung des Bürgerantrags gemäß Art. 18b GO "Aufhebung des Leinenzwangs für große Hunde"**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. 526 vom 11.01.2024 in Erinnerung, mit welchem die Zulässigkeit des Bürgerantrags gemäß Art. 18b Gemeindeordnung (GO) zur „Aufhebung des Leinenzwangs für große Hunde“ festgestellt wurde.

Ist gemäß Art. 18b Abs. 5 GO die Zulässigkeit des Bürgerantrags festgestellt, hat ihn das zuständige Gemeindeorgan innerhalb von drei Monaten zu behandeln.

Der Leinenzwang für große Hunde ist in der Hundeverordnung vom 14.11.2023 verankert. Für den Erlass dieser Hundeverordnung ist der Gemeinderat als Organ zuständig

Somit muss der Bürgerantrag bis spätestens 11.04.2024 dem Gemeinderat zur Behandlung vorgelegt werden.

Mit Bürgerantrag vom 20.12.2023 wird beantragt, dass das zuständige Organ (hier der Gemeinderat) der Gemeinde Unterföhring folgende gemeindliche Angelegenheit behandelt:

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

*„Aufhebung des Leinenzwangs für große Hunde“*

*Begründung:*

*Die seit dem 01.12.2023 in Unterföhring gültige Verordnung zur Leinenpflicht von großen Hunden ist aus folgenden Gründen unverhältnismäßig:*

*-Es ist unklar, ob große Hunde an den von der Gemeinde als Begründung angeführten „Vorfällen“ überhaupt beteiligt waren. Dennoch werden nur diese bestraft, alle anderen Hunde sind nicht betroffen. Somit ist nicht gewährleistet, dass zukünftige Gefahren so vermieden werden.*

*-Es ist nicht geklärt, ob dieser Eingriff in die Grundrechte der Hundehalter die vermeintlichen, von großen Hunden ausgehenden, Gefahren behebt und damit gerechtfertigt ist.*

*-Der räumliche und zeitliche Geltungsbereich der Verordnung ist auf die örtlichen Verhältnisse gerade nicht abgestimmt (Ziffer 18.2 Abs. 2 VollzBekLStVG). Im zusammenhängenden Siedlungsgebiet sind keine Ausnahmen vom Leinenzwang vorgesehen.*

*-Eine permanente Leinenführigkeit an einer Leine von nur 2m Länge führt zu Verhaltensstörungen bei Hunden. Das ist nicht mit dem Tierschutz vereinbar und ist deshalb Tierquälerei.*

*-Die Aussage der Gemeinde, dass zwei Drittel des Gemeindegebietes vom Leinenzwang ausgenommen sind ist falsch, da Fischteiche, das Erholungsgebiet „Feringasee“ und private Ackerflächen gerade keine Möglichkeiten des Freilaufs ermöglichen.*

*-Ausreichend tatsächlich öffentliche Feld- und Waldwege/private Flächen mit Duldung von freilaufenden Hunden sind nicht vorhanden (VGH München Beschluss v. 15.04.2021-10 NE 20.2831)*

*-Die Verordnung ist unangemessen: eine Beschränkung der Leinenpflicht auf Brennpunkte wie Schulen, den Bahnhof, Kindergärten, Altenheime, Hauptverkehrsachsen und Orte ohne Benutzungsordnungen (z.B. Spielplätze) hätte ausgereicht.*

Der Gemeinderat beschäftigt sich inhaltlich mit dem Bürgerantrag sowie dessen Begründung.

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 15 : 9

Der Gemeinderat nimmt den Bürgerantrag und dessen Begründung zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dass die Hundeverordnung beibehalten wird – wie diese im November 2023 beschlossen wurde. Der Bürgerantrag auf Aufhebung des Leinenzwangs für große Hunde ist somit abgelehnt.

AZ 0280  
Hauptamt

537

24

### **Dritte Anpassung der Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring**

Der Vorsitzende erinnert an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.01.2016 (Nr. 313) und vom 14.07.2016 (Nr. 419), in denen die Schließung einer Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring mit dem Landkreis München beschlossen wurde. Diese Zweckvereinbarung wurde im August 2016 entsprechend unterzeichnet.

Des Weiteren wurde die Zweckvereinbarung gemäß den Gemeinderatsbeschlüssen vom 12.04.2018 (Nr. 706) und vom 10.09.2020 (Nr. 70) bereits angepasst.

In der aktuellen Fassung der Zweckvereinbarung ist in § 2 Absatz 2 (Deckung des einmaligen Sachaufwandes) und in § 3 Absatz 2 (Deckung des laufenden Sachaufwandes) bisher Folgendes geregelt:

§ 2 Absatz 2 Deckung des einmaligen Sachaufwandes

Der Landkreis übernimmt:

2.1 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten. Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.

Der Landkreis München übernimmt für jeden prognostizierten (bei Neubauten) bzw. gesicherten (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Gastschüler prozentual aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) zusätzliche

# **Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024**

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## **Vortrag - Beschluss**

---

Baukosten. Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Außerdem übernimmt der Landkreis München zusätzliche Baukosten, sofern der prognostizierte (bei Neubauten) bzw. gesicherte (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Anteil an Landkreisschülern, die nicht in der Gemeinde Unterföhring wohnen, über 5 % je Herkunftsgemeinde liegt. Diese werden für den 5 % je Herkunftsgemeinde übersteigenden Anteil der verbandsfremden Landkreisschüler aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) berechnet (Beispiel: bei 7 % Schüleranteil aus einer verbandsfremden Gemeinde werden 2 % der tatsächlichen Baukosten als zusätzlicher Anteil übernommen). Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Der vom Landkreis München insgesamt getragene Investitionskostenanteil einschließlich der Zuschüsse, Beihilfen und freiwilligen Leistungen irgendwelcher Art darf 100 % der tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) nicht überschreiten.

2.2 100 % der tatsächlichen Baukosten bei Umbaumaßnahmen und General-sanierungen - jeweils inkl. energetisch begründeter Baumaßnahmen -, der Kosten von Anlagen zur Stromerzeugung mit Nutzung regenerativer Energieträger im Eigenbetrieb bei bestehenden Bauten und Neubauten sowie der erforderlichen Aufwendungen für Container, Raumanmietungen und der Abbruchkosten.

3. 50 % der Zinsen für Zwischenfinanzierungen, die wegen nicht rechtzeitiger Gewährung staatlicher Zuschüsse von der Gemeinde aufgenommen werden müssen.

4. die Differenz zwischen 30 % und 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen für die nach Art. 10 FAG geförderten Baumaßnahmen der Gemeinde rückwirkend für die Jahre 1993 (Inbetriebnahme ab dem 01.01.1993) bis einschließlich 2017 unter Berücksichtigung einer 25-jährigen Abschreibung.

Dabei wird wie folgt vorgegangen:

Es werden 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten um die Abschreibungsbeträge der jeweiligen Jahre reduziert. Die Abschreibung wird linear ermittelt und beginnt im Folgejahr der Inbetriebnahme, also frühestens ab dem Jahr 1994. Der so ermittelte Betrag wird um 30 % der zuweisungsfähigen Baukosten ohne Abschreibungen zur Ermittlung der Differenz gegenübergestellt.

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

### § 3 Deckung des laufenden Sachaufwandes

(2) Die Verwaltungspauschale wird auf 75.000 Euro im Jahr 2016 festgesetzt. Die Pauschale wird jährlich mit einem Steigerungssatz von 2% fortgeschrieben. Das Ergebnis ist kaufmännisch auf die nächsten vollen hundert Euro aufzurunden.

Der Landkreis München hat mit Beschluss des Kreistags vom 24.07.2023 für **neue** Schulbauprojekte die Erhöhung des Landkreisanteils auf 70 % der zuweisungsfähigen und 70 % der nicht zuweisungsfähigen Kosten beschlossen. Die bisherige Finanzierung für Gastschüler entfällt für diese Projekte.

Darüber hinaus hat der Landkreis mit Beschluss vom 20.03.2023 die Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale für die Jahre 2023 bis 2025 auf 100.000 € pro Schule beschlossen.

Hinsichtlich der Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Unterföhring hat der Kreistag folgende Formulierungsanpassungen in § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 2 beschlossen:

### § 2 Absatz 2 Deckung des einmaligen Sachaufwandes

Der Landkreis übernimmt:

2.1 70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen sowie 70% der nicht zuweisungsfähigen Kosten; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten.

Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, deren Inbetriebnahme nach dem 01.01.2023 erfolgte.

Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.

~~Der Landkreis München übernimmt für jeden prognostizierten (bei Neubauten) bzw. gesicherten (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Gastschüler prozentual aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) zusätzliche Baukosten. Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.~~

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

~~Außerdem übernimmt der Landkreis München zusätzliche Baukosten, sofern der prognostizierte (bei Neubauten) bzw. gesicherte (bei Erweiterungs- und Ersatzneubauten) Anteil an Landkreisschülern, die nicht in der Gemeinde Unterföhring wohnen, über 5 % je Herkunftsgemeinde liegt. Diese werden für den 5 % je Herkunftsgemeinde übersteigenden Anteil der verbandsfremden Landkreisschüler aus den tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) berechnet (Beispiel: bei 7 % Schüleranteil aus einer verbandsfremden Gemeinde werden 2 % der tatsächlichen Baukosten als zusätzlicher Anteil übernommen). Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, für die am 01.01.2019 noch keine Baugenehmigung vorliegt.~~

~~Der vom Landkreis München insgesamt getragene Investitionskostenanteil einschließlich der Zuschüsse, Beihilfen und freiwilligen Leistungen irgendwelcher Art darf 100 % der tatsächlichen Baukosten (Gesamtkosten) nicht überschreiten.~~

2.2 100 % der tatsächlichen Baukosten bei Umbaumaßnahmen und General-sanierungen - jeweils inkl. energetisch begründeter Baumaßnahmen - , der Kosten von Anlagen zur Stromerzeugung mit Nutzung regenerativer Energieträger im Eigenbetrieb bei bestehenden Bauten und Neubauten sowie der erforderlichen Aufwendungen für Container, Raumanmietungen und der Abbruchkosten.

3. 50 % der Zinsen für Zwischenfinanzierungen, die wegen nicht rechtzeitiger Gewährung staatlicher Zuschüsse von der Gemeinde aufgenommen werden müssen.

4. 70% der nicht zuweisungsfähigen Kosten rückwirkend für seit dem 01.01.2018 durchgeführte bzw. begonnene Schulbaumaßnahmen unter Berücksichtigung einer 25-jährigen Abschreibung.

Dabei wird wie folgt vorgegangen:

Es werden 70 % der nicht zuweisungsfähigen Baukosten um die Abschreibungsbeträge der jeweiligen Jahre reduziert. Die Abschreibung wird linear ermittelt und beginnt mit dem Folgejahr der Inbetriebnahme, also frühestens ab dem Jahr 2019.

§ 3 Deckung des laufenden Sachaufwandes

(2) Für die Jahre 2023 bis 2025 wird die Verwaltungskostenpauschale auf jährlich 100.000 € je Schule festgesetzt.

Ab dem Jahr 2026 wird bis zur Festsetzung einer neuen Verwaltungskostenpauschale weiterhin ein Betrag von jährlich 100.000 € je Schule gewährt.

# **Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## **Vortrag - Beschluss**

---

Für eine Anpassung der bestehenden Zweckvereinbarung in der oben genannten Form ist die Zustimmung des Gemeinderats der Gemeinde Unterföhring erforderlich, um die der Kreistag entsprechend ersucht.

Falls der Gemeinderat dieser Änderung der Zweckvereinbarung vom August 2016 zustimmt, wird die neu beschlossene Formulierung in einer Änderungsvereinbarung festgehalten.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Anpassung der bestehenden Zweckvereinbarung über die Schulaufwandsträgerschaft für das Gymnasium Unterföhring zu. Diese Vereinbarung wurde ursprünglich am 04.08.2016 abgeschlossen und zuletzt am 22.10.2020 überarbeitet.

Gemäß der Entscheidung des Kreistags des Landkreises München vom 24.07.2023 und 20.03.2023 erhalten § 2 und § 3 der Vereinbarung die folgenden neuen Formulierungen:

### § 2 Absatz 2 Nr. 2.1

70 % der zuweisungsfähigen Baukosten nach den Richtlinien für die staatlichen Beihilfen zu kommunalen Baumaßnahmen sowie 70% der nicht zuweisungsfähigen Kosten; das gilt für die erstmalige Errichtung einer Schule, für Erweiterungsbauten (bauliche Erweiterung der Nutzfläche einer bestehenden Schule) und Ersatzneubauten.

Diese Regelung gilt für die Baumaßnahmen, deren Inbetriebnahme nach dem 01.01.2023 erfolgte.

Das Schulgrundstück muss ohne finanzielle Beteiligung des Landkreises eingebracht werden.

### § 2 Absatz 2 Nr. 2.2

100 % der tatsächlichen Baukosten bei Umbaumaßnahmen und General-sanierungen - jeweils inkl. energetisch begründeter Baumaßnahmen - , der Kosten von Anlagen zur Stromerzeugung mit Nutzung regenerativer Energieträger im Eigenbetrieb bei bestehenden Bauten und Neubauten sowie der erforderlichen Aufwendungen für Container, Raumanmietungen und der Abbruchkosten.

### § 2 Absatz 2 Nr. 3.

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

50 % der Zinsen für Zwischenfinanzierungen, die wegen nicht rechtzeitiger Gewährung staatlicher Zuschüsse von der Gemeinde aufgenommen werden müssen.

### § 2 Absatz 2 Nr. 4.

70% der nicht zuweisungsfähigen Kosten rückwirkend für seit dem 01.01.2018 durchgeführte bzw. begonnene Schulbaumaßnahmen unter Berücksichtigung einer 25-jährigen Abschreibung.

Dabei wird wie folgt vorgegangen:

Es werden 70 % der nicht zuweisungsfähigen Baukosten um die Abschreibungsbeträge der jeweiligen Jahre reduziert. Die Abschreibung wird linear ermittelt und beginnt mit dem Folgejahr der Inbetriebnahme, also frühestens ab dem Jahr 2019

### § 3 Absatz 2

Für die Jahre 2023 bis 2025 wird die Verwaltungskostenpauschale auf jährlich 100.000 € je Schule festgesetzt.

Ab dem Jahr 2026 wird bis zur Festsetzung einer neuen Verwaltungskostenpauschale weiterhin ein Betrag von jährlich 100.000 € je Schule gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Landratsamt München entsprechend über den Gemeinderatsbeschluss zu informieren und eine Änderungsvereinbarung mit dem Landkreis München abzuschließen.

Nachdem der Gemeinderatsbeschluss gefasst und die geänderte Zweckvereinbarung vom Bürgermeister sowie vom Landrat unterzeichnet wurde, ist diese Vereinbarung der Regierung von Oberbayern zur Genehmigung und anschließenden Veröffentlichung vorzulegen.

AZ 213  
Finanzen

## 538 24 Bekanntgaben / Anfragen

AZ 024  
Hauptamt

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

538

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 02/24 Sachstandsbericht Öffentlicher Personennahverkehr (Regionalbus)**

Der Erste Bürgermeister gibt die aktuellen Entwicklungen im Öffentlichen Personennahverkehr (Regionalbusverkehr) bekannt:

Seit November 2023 hat der MVV vermehrt mit Fahrtausfällen aufgrund von mangelndem Fahrpersonal zu kämpfen. Deutschlandweit ist in der Transport- und Logistikbranche ein Mangel von über 80.000 Berufskraftfahrern zu verzeichnen.

Besonders betroffen sind die Linien 231 (Ismaning – Unterföhring – Studentenstadt) und 233 (Unterföhring Gewerbegebiet – Studentenstadt) als zentrale Verbindung zur Stadt München.

Gemeinsam haben sich der MVV und der Landkreis München dazu entschieden alle Maßnahmen gegenüber dem Verkehrsunternehmen DB Regio Bus Bayern zu ergreifen, die juristisch zulässig sind, um den Druck auf den Betreiber zu erhöhen und damit das Fahrtenangebot wieder zu stabilisieren. Das Gremium wird weiterhin über die Entwicklungen im Regionalbusverkehr informiert.

AZ 851  
Bauamt

538

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 02/24 Antwortschreiben SWM Erdgasbetrieb Kohleblock 2**

Der Vorsitzende verliest/gibt bekannt das Antwortschreiben der SWM Services GmbH vom 12.01.2024.

Das Schreiben wird dem Gremium zur Verfügung gestellt.

AZ 6100  
Bauamt

## Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

538

24

**Bekanntgaben / Anfragen**

**Anfrage Herr Mecke - aktueller Stand seiner Fraktionsanträge**

Herr Mecke fragt nach dem aktuellen Bearbeitungsstand der gestellten Fraktionsanträge und regt an – hierzu eine Matrix bzw. Übersicht zu entwerfen, welche dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Vorsitzende nimmt diesen Vorschlag auf und wird zusammen mit der Verwaltung eine Matrix erstellen.

AZ 0241  
Hauptamt

538

24

**Bekanntgaben / Anfragen**

**Anfrage Frau Fischer - Link für Homepage Theaterpreis**

Frau Fischer bezieht sich auf die Mail vom 07.02.2024 wonach Herr Bürgermeister Kemmelmeyer die freudige Botschaft übermittelt hat, dass das Bürgerhaus Unterföhring den 3. Platz in der Kategorie „Gastspielhäuser“ beim Theaterpreis des Bundes belegt hat.

Hierzu hätte Sie gerne einen Link auf die Homepage wo etwas über die Prämierung / Auszeichnung nachzulesen ist.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass das Kulturamt entsprechend Rückantwort erteilen wird.

AZ 0241  
Hauptamt

538

24

**Bekanntgaben / Anfragen**

**Anfrage Herr Johann Zehetmair - Thema Linksabbiegen von  
Mitterfeldallee in Schulcampus**

Herr Zehetmair Johann teilt dem Gremium mit, dass bei einem Ortstermin mit Polizei und Gemeindeverwaltung die Thematik nochmal angesprochen wurde – und für Ihn das Thema erstmal erledigt ist.

AZ 0241  
Hauptamt

# Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2024

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

## Vortrag - Beschluss

---

538

24

### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Frau Rader - aktueller Stand E-Ladesäulen öffentlichen Raum**

Frau Rader fragt an, wann die E-Ladesäulen im öffentlichen Verkehrsraum umgesetzt und in Betrieb genommen werden.

Herr Kapfenberger (Leitung Bauamt) teilt dem Gremium mit, dass hierzu im Mai 2024 eine Entscheidung im Bauausschuss herbeigeführt werden muss. Die finale Umsetzung soll im Jahr 2024 erfolgen.

AZ 0241

Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter\*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 20:21 Uhr.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Felix Kinzinger  
Schriftführer